

Aus:
Lübecker Nachrichten
v. 4.3.06

Lüdersdorf fühlt sich beim Flughafenausbau von Schleswig-Holstein brüskiert

Lüdersdorf - Alle Untersuchungen zur Lärmbelästigung, die nach dem Ausbau des Flughafens Lübeck Blankensee zu erwarten sind, enden an der Landesgrenze von Schleswig-Holstein. Das stinkt den Lüdersdorfern ganz gewaltig. Mindestens 12 000 Bürger auf Mecklenburger Seite hätten unter Nachtflügen und Warteschleifen genauso zu leiden, wie die Einwohner in Groß Grönau oder Krummesse, sagt Bernhard Strutz, Vorsitzender der Gemeinschaft "pro Lüdersdorf".

So einfach hinnehmen wollen die Lüdersdorfer den Ausbau nicht. Einstimmig beschlossen die Gemeindevertreter am Donnerstagabend, dass Bürgermeister Erhard Huzel beim Land den Antrag auf ein Raumordnungsverfahren stellen solle. "Da wir in der Einflugschneise liegen und die Starts und Landungen hautnah erleben werden, können wir als Gemeinde sehr wohl das Verfahren beantragen", so Huzel. Das Recht räume ihnen das Landesplanungsgesetz von Mecklenburg-Vorpommern ein, obwohl der Flughafen jenseits der Landesgrenze liegt. Auch habe man ihm im Wirtschaftsministerium nahe gelegt, diesen Weg einzuschlagen, erklärte Lüdersdorfs Bürgermeister. "Allein schon, um die eigene Betroffenheit deutlich zu machen."

Ende des Monats soll in Lübeck eine Anhörung zum Ausbau von Blankensee sein. Huzel wird dabei sein. Auf Vorschlag von Gemeindevertreter Andreas Zimmermann vielleicht in Begleitung von Landrat Erhard Bräunig, "der unserem Bürgermeister den Rücken stärken könnte".

Dass Lüdersdorf keine Hürde scheut, um die Lärmbelästigung zu verhindern, hat der Bürgermeister schon im vorigen Jahr deutlich gemacht. Er hatte im Frühjahr gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Flughafenausbau geklagt, weil das Dorf als betroffene Gemeinde nicht angehört worden war. Die Naturschutzverbände BUND und Nabu waren ebenfalls, allerdings aus anderen Gründen, gegen den Beschluss vor Gericht gezogen. Ihre Klage verschaffte den Lüdersdorfern und den in Partnerschaft verhandelten Groß Grönauern erst einmal Zeit. Denn das Gericht verhängte einen Baustopp, das Planfeststellungsverfahren muss neu aufgerollt werden.

Unverhofft scheinen die Gemeinden Groß Grönau, Groß Sarau und Lüdersdorf, die gegen den Ausbau des Flughafens zum Drehkreuz für Luftfracht und für fünf Millionen Passagiere klagen, einen Vierten im Bunde zu bekommen. Auch in Krummesse, jenem Ort, der westlich hinter der Startbahn und zu einem großen Teil auf Lübecker Gebiet liegt, regt sich Widerstand. Die Krummesser wollen vor allem ein Nachtflugverbot durchsetzen. Anfang kommenden Jahres möchte die schleswig-holsteinische Landesregierung die Planfeststellung für den Flughafen abschließen. kar